

Gestern im Rat

Vorsitz: Andreas Frei (SP, Stein am Rhein)

» Nil Yilmaz (SP, Neuhausen) wird als neues Ratsmitglied in Pflicht genommen.

» Der Rat wählt den **Regierungspräsidenten**, den neuen **Ratsvorsitzenden**, seine beiden **Vize** und bestätigt die bisherigen **Stimmenzähler**.

» Genehmigt wird der Beitritt des Kantons Schaffhausen zur totalrevidierten Interkantonalen Vereinbarung über die **Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen**.

» Der Kantonsrat setzt die Beratungen über den Regierungsvorschlag zur **Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung** im Vorschulalter fort.

Vereinbarung zu Hochschulen ratifiziert

Die Interkantonale Universitätsvereinbarung ermöglicht es Studierenden aus Nichthochschulkantonen, überall in der Schweiz gleichberechtigt zu studieren und regelt die Beiträge, welche die Herkunftskantone den Unistandorten zahlt. Kleine Änderungen erfordern den Neuabschluss der Vereinbarung. Schaffhausen müsste künftig geringfügig mehr bezahlen, nämlich ein Prozent der bisherigen Summe (plus 100 000 Franken, jährlich). Das war im Rat unbestritten. Es wurde aber beantragt, das Geschäft zu verschieben, um einige damit verbundene Fragen vertieft zu klären. Etwa jene, ob der Kanton weiterhin einzelne Studienplätze «einkaufen» könne, etwa zur Förderung der regionalen Hausarztmedizin. Dabei handle es sich um eine Frage, die nicht über die Vereinbarung, wie sie jetzt vorliege, zu lösen sei, befand die Ratsmehrheit. Und stimmte dem Geschäft mit 47 zu 4 Stimmen zu. *(lbb)*

Andi Frei: Warum die Regulierung zunimmt

Zum Abschluss der letzten Sitzung hat Kantonsratspräsident Andi Frei (SP, Stein am Rhein) das Schlusswort gehalten. Er widmete sie dem Thema Regulierung. «Die Regulierung hat zugenommen, aber ob wir das als positiv oder negativ empfinden, darüber gehen die Meinungen auseinander.» Tendenziell rufe die Ratsrechte eher nach einer Aufhebung von Gesetzen, die Ratslinke sei dagegen. Doch in der Realität sei es selbst in einem bürgerlich dominierten Parlament wie dem Schaffhauser Kantonsrat nicht so, dass es Streichungsanträge ganzer Gesetzespassagen gegeben habe, oder reihenweise Gesetze aufgehoben worden seien. In Bern sei es ähnlich. Frei betonte, dass er dies nicht als Vorwurf verstehe. Vielmehr sei es eben so, dass wir in einer komplexen Welt lebten, die nach mehr Regeln verlange. Das sei dem technischen Wandel geschuldet, etwa den Smartphones, aber auch gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Frage nach mehr Rechten für gleichgeschlechtliche Paare. *(zge)*

Kinderbetreuung: Zahlreiche Zusätze zu den Vorschlägen der Regierung

Hoch umstritten bleiben die Pläne der Regierung zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Der Rat will mehrere Bedingungen an den Betrag von 12 Millionen Franken knüpfen, mit dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark gefördert werden soll.

Mark Liebenberg

Ein hübsches Weihnachtsgeschenk hätte der Schaffhauser Kantonsrat Eltern von Kleinkindern unter den Tannenbaum legen können – wenigstens in Form einer ersten Lesung der Vorlage zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter. Aber bei einem Geschenk im Wert von 12 Millionen Franken will jedes Parlament sicher gehen, dass es damit wirklich das Richtige tut.

Auch gestern wurde der Rat nach langer Debatte mit der ersten Lesung nicht fertig. Im Rahmen der umfassenden Unternehmenssteuerreform hat der Kanton dieses Jahr einen Reservetopf von 12 Millionen geschaffen. Obwohl im Kern unbestritten ist, dass das Geld als soziale Ausgleichsmassnahme für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung eingesetzt werden soll, besteht in vielen Punkten des «Wie?» Uneinigkeit. Gestern ging es darum, genügend Stimmen für diverse Änderungsvorschläge zu holen, damit die Kommission sich dieser Punkte noch mal annehmen muss.

Die Betreuungsgutschrift von zwischen 15 und 20 Franken pro Kind und Tag für Eltern, die ihre Kinder in Kindertagesstätten betreuen lassen, benachteilige nämlich eine Gruppe, monierte Mariano Fioretti (SVP, Schaffhausen). «Das Gesetz soll so ausgestaltet werden, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, nicht diskriminiert werden», fordert er. Sprich: Diese sollten ebenfalls vom Geldsegen profitieren. Diese Forderung sei sachfremd, hielt ihm seine Parteikollegin, Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter, entgegen. Man könne diese Frage allenfalls in einem eigenen Vorstoss angehen, etwa durch eine steuerliche Bevorzugung von Zuhause Erziehenden. Am vorliegenden Vorschlag fand auch Eva Neumann (SP, Beringen) nichts Falsches. «Ich pflanze in meinem Garten auch selber Gemüse an, deswegen finde ich es nicht unfair, dass ich keine Direktzahlungen erhalte.»



Die Betreuungsgutschrift für berufstätige Eltern von Kindern im Vorschulalter birgt viel Diskussionsstoff: Der Schaffhauser Kantonsrat setzt die Debatte dazu im kommenden Jahr fort.

BILD KEY

Von der bürgerlichen Ratsseite wurde ferner darauf hingewiesen, dass das Gesetz ausschliesslich die Betreuung in bewilligten, gewerblichen oder staatlichen Krippen subventionieren würde. Doch was ist mit Tagesfamilien? Und wieso erhalten jene Familien nichts, deren Kleinkinder etwa von den Grosseltern betreut werden? Wieso werden nur Kitas im Kanton berücksichtigt – macht es Sinn, dass zum Beispiel Eltern aus Rüdlingen, die beide in Zürich arbeiten, ihr Kind zwingend in einer Schaffhauser Einrichtung betreuen lassen müssen? Über all diese Fragen wird sich die Kommission nun erneut beugen müssen.

Im Nachteil wären bei der regierungsrätlichen Vorlage schliesslich jene Gemeinden, die bereits Krippenplätze einkommensabhängig vergünstigen, protestierte Daniel Preisig (SVP, Schaffhausen). «Dass man vor der Erarbeitung

«Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, sollen nicht diskriminiert werden.»

Mariano Fioretti
SVP, Schaffhausen

des Entwurfs nicht einmal mit den Gemeinden gesprochen hat, ist schlecht.»

Erwin Sutter (EDU, Schaffhausen) schlug vor, die Gutschriften erst für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr zu gewähren. «Wollen wir es staatlich fördern, dass bereits Säuglinge und Kleinkinder in der Krippe landen?» Es sei entwicklungspsychologisch erwiesen, dass in den ersten beiden Lebensjahren die Mutterbindung für das Kind entscheidend sei. Auf linker und liberaler Seite sorgte das für Empörung, da Sutter scheinbar die Väter vergesse.

Die AL schliesslich fordert, dass der Staat mit dem vorliegenden Gesetz auch punkto Öffnungszeiten, Anstellungsbedingungen und religiöser Neutralität der Kitas ein Wortchen mitredet – wenn man schon Subventionen spreche. «Sonst fördern wir womöglich bald Betreuungsangebote von der EDU oder von einem islamischen Gebetsverein.»

Dörflingen feiert seinen Präsidenten

Alles, was im Kanton Rang und Namen hat, 140 Gäste insgesamt, hat sich gestern Abend in Dörflingen eingefunden, um Lorenz Laich zu feiern, den Kantonsratspräsidenten für das Jahr 2020.

Zeno Geisseler

DÖRFLINGEN. Zum Apéro (Dörflinger Weiss, Falken-Bier, Rieslingsuppe, Speckzopf) spielten die Schwiizerörgelründe Cholfirst-Reiat. Die Tische im Festsaal waren mit goldenen Schoggimünzen dekoriert – eine Anspielung auf Laichs Beruf vielleicht. Der FDPler ist Vorsitzender der Geschäftsleitung der Clientis BS Bank Schaffhausen.

Pentti Aellig, SVP-Kantonsrat und Gemeindepräsident von Dörflingen, führte als Tafelmajor durch den Abend. Ein Highlight war ein Film, den Aellig gedreht hatte. Er hatte diverse Leute zu Lorenz Laich befragt, von den Schaffhauser Regierungsräten bis hin zu Ernst Koller, dem Gemeindepräsidenten von Gais AR, der Bürgergemeinde von Laich. Selbst alt SVP-Präsident Toni Brunner kam zu Wort, der Laich via Video eine Flasche Kräuterschnaps schenkte – und zum Schluss kam, «der Freisinn ist noch nicht verloren».

Regierungspräsident Ernst Landolt überbrachte die Worte der Regierung – er wies darauf hin, dass «Lorenz» aus dem Lateinischen stamme («der mit Lorbeer

Bekränzte»). Dankesworte und Geschenke der Fraktionen folgten, angefangen mit der FDP, die ihm unter anderem ein Bild überreichte und ein Sackmesser.

Nach dem Hauptgang, Laichs Lieblingsessen (Pastetli mit Reis), ging es weiter mit den Grussworten und Geschenken. SVP-Fraktionschef Peter



Lorenz Laich (l.) mit Regierungspräsident Ernst Landolt.

BILD ZGE

Scheck sorgte mit seinen Versen über Laichs Karriere für Lacher («Einmal Lokiführer werden/wäre mein grösster Wunsch auf Erden’ – Allein, das Schicksal war gemein/und führte ihn zum Bankverein»). Patrick Portmann (SP-Juso-Fraktion) schenkte ihm einen Korb mit Pasta-Spezialitäten – und Pesto-Sauce («für mehr grüne Themen»).

Schliesslich wandte sich der Mann, der im Zentrum stand, an die Gäste. Lorenz Laich bedankte sich für das gute Wahlresultat. Er betonte, dass sein Vorgänger Andi Frei (SP) grosse Fussstapfen hinterlassen habe. Und er unterstrich, dass einiges auf den Rat zukomme. So werde im nächsten Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons ein PUK-Bericht behandelt werden.

Laich gratulierte allen, die neben ihm gewählt worden waren, namentlich Martin Kessler, der Regierungspräsident wurde. Und er bedankte sich bei all jenen, welche die Feier möglich gemacht hatten, so Gemeindepräsident Aellig und OK-Chef Roli Bernath. Sein grösster Dank aber war für seine Frau Bettina reserviert. Dann ging es zum Dessertbuffet. Mit Laichs Lieblingskuchen: Rüebliorte.

Laich und Kessler: Zwei Freisinnige in Amt und Würden

Der Schaffhauser Kantonsrat hat an der Jahresschlussitzung gestern Regierungsrat Martin Kessler (FDP) mit 51 von 55 gültigen Stimmen zum Regierungspräsidenten für das Jahr 2020 gewählt. Der Trasadinger gehört der Kantonsregierung seit 2016 an und ist Vorsteher des Baudepartementes. Auf dem Bock sitzt im nächsten Jahr ebenfalls ein Freisinniger: Der bisherige Ratsvize Lorenz Laich aus Dörflingen ist ab Januar Kantonsratspräsident. Er machte 52 von 55 gültig abgegebenen Stimmen.

Neu auf die Laufbahn fürs Kantonsratspräsidium geschickt hat die SP-Fraktion ihren jüngsten Parlamentarier. Der Stadtschaffhauser Jungsozialist Stefan Lacher ist neu zweiter Ratsvize. Der 27-Jährige erhielt 40 von 50 gültigen Stimmen. Läuft alles nach Plan, solle er im Jahr 2022 Kantonsratspräsident und damit im Alter von 30 Jahren höchster Schaffhauser werden. Erster Vizepräsident ist neu Philippe Brühlmann von der SVP. Stimmenzähler bleiben René Schmidt (GLP) und Roland Müller (Grüne). *(lbb)*